

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**7. Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den
"Kurbetrieb Travemünde (KBT)"**

Sitzungstermin:	Montag, 13.05.2019	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:45 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Bernhard Simon- CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Dr. Axel Flasbarth- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Anka Grädner- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Marek Lengen- SPD		
Peter Reinhardt- SPD		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Christoph Evers- SPD		
Sebastian Kai Ising- Die Linke		
Harald Klix- FREIE WÄHLER & GAL		
Dr. Klaus Peter Krause- AfD		
Delf Kröger- CDU		Vertretung für: Herrn Dr. Eymer
Lars Küther- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Kim Carolin Nehrhoff- FDP		
Manfred Prüß- Die Unabhängigen		Vertretung für: Frau Wiechmann
Henning Schumann- CDU		Vertretung für: Herrn Krause

Verwaltung	
Piroska Csösz- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Conja Grau- 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	
Uwe Kirchhoff- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Christine Koretzky- 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis einschl. TOP 4.3.
Ralf Kuszmierz- 2.020 Fachbereichscontrolling	
Senator Sven Schindler- FB 2 Wirtschaft und Soziales	
Michael Siemensen- 5.691 Lübeck Port Authority	bis einschl. TOP 4.2.
Katrin Sinner- 2.280.5 Stiftungsverwaltung	bis einschl. TOP 5.1.
Benjamin Werner- 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-8)
Protokollführung	
Jan H. Ehrich- 2.830 Kurbetrieb Travemünde	
Gäste	
Olivia Kempke- Lübeck Management e.V.	Teilnahme im öffentl. Teil (TOP 1-8)
Beiratsmitglieder	
Christian Bauersachs- Seniorenbeirat	
Jürgen Cladow- Seniorenbeirat	

Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Ulrich Krause- CDU	abwesend
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Dr. Burkhard Eymer- CDU	abwesend
Heike Wiechmann- Die Unabhängigen	abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
1.1.	Verpflichtung von nicht der Bürgerschaft angehörenden Ausschussmitgliedern
1.2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.3.	Anträge und Beschlüsse zur Tagesordnung
2.	Niederschrift Nr. 6 vom 11.03.2019 - öffentlicher Teil
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Einzelhandelsentwicklung
3.2.	Mitteilungen der Verwaltung
3.2.1.	Antwort auf die Anfrage des AM Simon (CDU): Hafenbahnhof Travemünde
3.3.	AM Flasbarth (SPD): Sonderstandorte Vorlage: VO/2019/07148
3.3.1.	Antwort auf die Anfrage von Herrn AM Flasbarth betr. Sonderstandorte Vorlage: VO/2019/07368
3.4.	AM Flasbarth (SPD): Indexierung laufender Erbbauverträge Vorlage: VO/2019/07278
3.5.	Anfrage AM Sebastian Kai Ising (DIE LINKE): erneuerbare Energien Vorlage: VO/2019/07282
3.6.	Anfrage der Ausschussmitglieder Anka Grädner und Lars Küther (Bündnis 90/Die GRÜNEN) - Rahmenprogramm der Travemünder Woche Vorlage: VO/2019/07418
3.7.	AM Eymer (CDU): Zukunft der Lübecker Wochenmärkte Vorlage: VO/2019/07550
3.8.	Anfrage von AM Heike Wiechmann: Zweite Zufahrt nach Travemünde Vorlage: VO/2018/06394
3.9.	AM Reinhardt (SPD): Bootshaus Marli

4.	Berichte
4.1.	Berücksichtigung von Vergnügungsstätten in der Stadtplanung Vorlage: VO/2019/07310
4.2.	Sachstand zum Hafenentwicklungsplan 2030 - Start des öffentlichen Beteiligungsverfahrens Vorlage: VO/2019/07403
4.3.	Aktueller Sachstand Umsetzung des PIH-Konzeptes auf der Nördlichen Wallhalbinsel Vorlage: VO/2019/07488
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	1. Nachtragshaushaltsplan der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: VO/2019/07533
5.2.	Mobilitätskonzept Travemünde Vorlage: VO/2019/07291
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	Die Unabhängigen: Sanierung Parkplatz Leuchtenfeld Vorlage: VO/2019/07202
6.2.	FDP: Anträge zu Lübecks Wochenmärkten Vorlage: VO/2019/07335
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
7.1.	AM Prieur, AM Krause (CDU): Vorderreihe als verkehrsberuhigten Bereich Vorlage: VO/2018/06122
8.	Verschiedenes
13.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der stellvertretende Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)", den Seniorenbeirat, die Öffentlichkeit sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung.

Herr Simon informiert den Ausschuss darüber, dass der Vorsitzende nicht verschiebbare, geschäftliche Termine wahrzunehmen hat und sich daher vertreten lässt.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 1.1 Verpflichtung von nicht der Bürgerschaft angehörenden Ausschussmitgliedern

Der stellvertretende Vorsitzende bittet die Anwesenden aufzustehen und nimmt die Verpflichtung des stellvertretenden Ausschussmitgliedes Delf Kröger vor.

„Ich verpflichte Sie gemäß § 46 Abs. 6 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten und führe Sie in Ihr Amt ein.“

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 1.2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der stellvertretende Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest. Ferner macht der stellvertretende Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

zu 1.3 Anträge und Beschlüsse zur Tagesordnung

Es werden folgende Änderungsanträge zur Tagesordnung gestellt:

a) Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um die Behandlung der TOP

3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen

3.8. Anfrage von AM Heike Wiechmann: Zweite Zufahrt nach Travemünde
VO/2018/06394

4. Berichte

4.3. Aktueller Sachstand Umsetzung des PIH-Konzeptes auf der Nördlichen Wallhalbinsel
VO/2019/07488

5. Beschlussvorlagen

5.2. Mobilitätskonzept Travemünde
VO/2019/07291

7. Anträge von Ausschussmitgliedern

7.1. AM Prieur, AM Krause (CDU): Vorderreihe als verkehrsberuhigten Bereich
VO/2018/06122

11. Beschlussvorlagen

11.4. Bestellung eines Erbbaurechtes Lübeck, Schlutuper Straße
VO/2019/07228

Herr Schumann stellt den Antrag, den TOP **3.8.**, **5.2.** und **7.1.** keine Dringlichkeit zu geben und diese zu vertagen, da zu diesen TOP noch Beratungsbedarf besteht. Frau Grädner und Herr Dr. Flasbarth äußern hierzu die Sorge, dass das Mobilitätskonzept dann ggf. ohne Beratung im Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" in der Bürgerschaft beraten und beschlossen wird. Aus Sicht von Herrn Reinhardt wird die Bürgerschaft das Mobilitätskonzept nicht ohne die vorherigen Empfehlungen der Ausschüsse beschließen.

b) Frau Nehrhoff beantragt die Vertagung der TOP

3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen

3.7. AM Eymer (CDU): Zukunft der Lübecker Wochenmärkte
VO/2019/07550

und

6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

6.2. FDP: Anträge zu Lübecks Wochenmärkten
VO/2019/07335

da eine Beratung erst mit dem Vorliegen des geplanten Berichtes der Verwaltung zu den Lübecker Wochenmärkten zielführend ist.

c) Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über das Verfahren zu den Tagesordnungspunkten, die für den nicht öffentlichen Teil vorgesehen sind.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt zu **a)** einstimmig, den
TOP 3.8., 5.2. und 7.1. keine Dringlichkeit zu geben
und diese auf die nächste Sitzung zu vertagen.
(11 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen)*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt zu **a)** mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit,
die Tagesordnung unter Bejahung der Dringlichkeit
um den TOP 4.3. zu erweitern.
(14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt zu **a)** einstimmig, die Tagesordnung
unter Bejahung der Dringlichkeit
um den TOP 11.4. zu erweitern.
(15 Ja-Stimmen)*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt zu **b)** einstimmig, die
TOP 3.7. und 6.2. zu vertagen.
(15 Ja-Stimmen)*

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
beschließt zu **c)** einstimmig, die Tagesordnungspunkte
9. bis 12. im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.
(15 Ja-Stimmen)*

zu 2 Niederschrift Nr. 6 vom 11.03.2019 - öffentlicher Teil

Gegen die Niederschrift sind schriftlich keine Einwendungen eingegangen, mündlich werden keine erhoben.

Frau Grädner erkundigt sich nach dem Verfahren zur Bearbeitung von mündlichen Anfragen. Herr Senator Schindler geht hierzu auf die unterschiedlichen Funktionen von Anfragen und Anträgen ein. Grundsätzlich werden alle schriftlich oder mündlich gestellten Anfragen durch die Verwaltung geprüft und beantwortet. Fragen, die andere Fachbereiche betreffen werden in Form von Auszügen aus der Niederschrift an diese mit der Bitte um Beantwortung weitergeleitet.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
nimmt die Niederschrift in der vorgelegten
Fassung zur Kenntnis.*

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

zu 3.1 Einzelhandelsentwicklung

Es liegt nichts vor.

zu 3.2 Mitteilungen der Verwaltung
--

Herr Senator Schindler informiert den Ausschuss zu einer offenen Anfrage zum Thema Statistik Erbbaurechte über zwei der Niederschrift beigefügte Diagramme (Anlage I).

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den „Kurbetrieb Travemünde (KBT)“
nimmt Kenntnis.*

zu 3.2.1 Antwort auf die Anfrage des AM Simon (CDU): Hafenbahnhof Travemünde

Herr Schindler geht auf die Anfrage von Herrn Simon zum desolaten Zustand des Travemünder Hafenbahnhofs ein und trägt die Antwort der Bauaufsicht vor:

„Bei dem Grundstück Vogteiweg 13 (Hafenbahnhof) hat ein Eigentümerwechsel stattgefunden und der neue Eigentümer hat 4 verschieden Bauanträge das o. g. Grundstück betreffend eingereicht, die zur Zeit in Bearbeitung sind. Der Bereich Denkmalpflege ist in die jeweiligen Bauantragsverfahren involviert. Da ein offensichtlicher Bau-Wille des neuen Eigentümers besteht, wird von der Bauaufsicht kein weiterer Handlungsbedarf gesehen. In dem Zusammenhang möchte ich auf § 14 Grundgesetz (Baufreiheit) verweisen.“

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 3.3 AM Flasbarth (SPD): Sonderstandorte Vorlage: VO/2019/07148

Anfrage:

Für die Sonderstandorte des Einzelhandels in Herrenholz (regional) und Dänischburg (überregional) sind in den jeweiligen Bebauungsplänen Obergrenzen für die für innenstadtrelevanten Sortimente zur Verfügung stehenden Flächen festgelegt.

Hierzu wird der Bürgermeister um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten.

- 1) Wann wurde die Einhaltung dieser Obergrenzen seit Errichtung der Sonderstandorte durch die Verwaltung kontrolliert? Bitte Datum der jeweiligen Überprüfungen angeben.*
- 2) Mit welchen Methoden wurde die Einhaltung der Obergrenzung kontrolliert?*
- 3) Wurden die Kontrollen durch die Stadtverwaltung selbst oder von externen Dienstleistern durchgeführt? Von wem wurden die Dienstleister ggf. ausgewählt und beauftragt? Wer hat ggf. deren Kosten getragen?*
- 4) Wurden bei den Kontrollen Überschreitungen der Obergrenzen festgestellt? Ggf. in welcher Höhe?*
- 5) Wurden festgestellte Überschreitungen sanktioniert? Ggf. in welcher Form und Höhe?*
- 6) Wurde die Korrektur ggf. festgestellter Überschreitungen kontrolliert?*

Es wird um schriftliche Beantwortung in tabellarischer Form gebeten.

zu 3.3.1 Antwort auf die Anfrage von Herrn AM Flasbarth betr. Sonderstandorte
Vorlage: VO/2019/07368

Antwort:

Für die Sonderstandorte des Einzelhandels in Herrenholz (regional) und Dänischburg (überregional) sind in den jeweiligen Bebauungsplänen Obergrenzen für die für innenstadtrelevanten Sortimente zur Verfügung stehenden Flächen festgelegt. Hierzu wird der Bürgermeister um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

Wann wurde die Einhaltung dieser Obergrenzen seit Errichtung der Sonderstandorte durch die Verwaltung kontrolliert? Bitte Datum der jeweiligen Überprüfungen angeben.

Sonderstandort Dänischburg (IKEA/LUV):

Im Rahmen des Bauantragsverfahrens für das LUV (Sonderstandort Dänischburg) wurde der Bauaufsicht ein Grundrissplan des Einkaufszentrums (EG und OG) mit Quadratmeterangaben der Mieteinheiten sowie ein Verkaufsflächenverzeichnis vorgelegt. Der Plan und das Verkaufsflächenverzeichnis werden bei jeder Neuvermietung von Ladenflächen vom Betreiber fortgeschrieben und bei der Bauaufsicht eingereicht. Der letzte vorliegende Stand datiert von November 2018.

In dem Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 27.52.01 hat sich der Betreiber dazu verpflichtet, das Verkaufsflächenverzeichnis fortlaufend zu aktualisieren. Zudem ist die Verwaltung berechtigt, in einem Abstand von jeweils zwei Jahren die Richtigkeit der im Verkaufsflächenverzeichnis aufgeführten sortimentsbezogenen Verkaufsflächen zu überprüfen. Hierfür ist sie befugt, einen externen Sachverständigen auf Kosten des Betreibers mit der Überprüfung zu beauftragen.

Sonderstandort Herrenholz (CITTI-Park):

Im Rahmen des Bauantragsverfahrens für den Sonderstandort Herrenholz (CITTI-Park) wurde der Bauaufsicht ein Verkaufsflächenverzeichnis vorgelegt. Die Tabelle wird ebenfalls bei jeder Neuvermietung von Ladenflächen vom Betreiber fortgeschrieben und bei der Bauaufsicht eingereicht. Der letzte vorliegende Stand datiert von Dezember 2018.

In einem städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan 22.55.09 wurden vergleichbare Regelungen zur Überprüfung der Verkaufsflächenobergrenzen aufgenommen wie im Fall des LUV Einkaufszentrums.

Einzelhandelsvollerhebung EHF

Das Einzelhandelsforum der Wirtschaftsregion Lübeck (EHF) hat im Frühjahr 2018 durch die CIMA eine Vollerhebung aller Einzelhandelsflächen in der gesamten Hansestadt Lübeck durchführen lassen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Verkaufsflächen an beiden Sonderstandorte erfasst. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung hat die Erhebungsdaten mit den zulässigen sortimentsbezogenen Verkaufsflächen abgeglichen und für beide Standorte keine Überschreitungen der festgesetzten Verkaufsflächenobergrenzen festgestellt.

Mit welchen Methoden wurde die Einhaltung der Obergrenzen kontrolliert?

Die untere Bauaufsichtsbehörde prüft die Einhaltung der Verkaufsflächenobergrenzen fortlaufend auf Grundlage der aktualisierten Verkaufsflächenverzeichnisse. Die Angaben in den Verkaufsflächenverzeichnissen wurden zudem auf Basis der Ergebnisse der Einzelhandelsvollerhebung vom EHF überprüft (siehe auch Frage 1).

Wurden die Kontrollen durch die Stadtverwaltung selbst oder von externen Dienstleistern durchgeführt? Von wem wurden die Dienstleister ggf. ausgewählt und beauftragt? Wer hat ggf. deren Kosten getragen?

Die Verkaufsflächenverzeichnisse werden von den Betreibern fortlaufend geführt und von der unteren Bauaufsichtsbehörde überprüft.

Wie bereits beschrieben wurden zwischen den Betreibern der Einkaufszentren und der Stadt vertragliche Vereinbarungen getroffen, die es der Verwaltung ermöglichen, in einem Abstand von zwei Jahren die Verkaufsflächenverzeichnisse auf Kosten des Betreibers zusätzlich überprüfen zu lassen.

Wurden bei den Kontrollen Überschreitungen der Obergrenzen festgestellt? Ggf. in welcher Höhe?

Es wurden keine Überschreitungen der Verkaufsflächenobergrenzen festgestellt.

Wurden festgestellte Überschreitungen sanktioniert? Ggf. in welcher Form und Höhe?

Es wurden keine Überschreitungen der Verkaufsflächenobergrenzen festgestellt. Sofern sich im Ergebnis einer Überprüfungen ergeben sollte, dass die im Bebauungsplan festgesetzten Verkaufsflächenobergrenzen überschritten werden, hat der Betreiber unverzüglich Maßnahmen einzuleiten, die die sofortige Einhaltung der festgesetzten Verkaufsflächenobergrenzen sicherstellen. Die untere Bauaufsichtsbehörde kann im Bedarfsfall zum einen die Nutzung einer Verkaufsflächen untersagen und zum anderen ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten, um ein Bußgeld zu verhängen. Entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hängt die Höhe des Bußgeldes immer vom konkreten Einzelfall ab.

Wurde die Korrektur ggf. festgestellter Überschreitungen kontrolliert?

Es wurden keine Überschreitungen der Verkaufsflächenobergrenzen festgestellt.

Zu der vorliegenden Antwort stellt Herr Dr. Flasbarth die folgenden Nachfragen:

- In der Antwort ist von 3 Kontrollmöglichkeiten die Rede, hat die Hansestadt Lübeck hierzu auch von der Option eines externen Sachverständigen Gebrauch gemacht?
- Liegt der Bauordnung die Vollerhebung der CIMA vor und kann diese der Politik zur Verfügung gestellt werden?
- Will die Verwaltung zukünftig Kontrollen durchführen, wenn ja, wer löst diese aus?

Hierzu sprechen Herr Senator Schindler, Frau Grädner und Herr Simon.

Herr Reinhardt bitte um ergänzende Auskunft, wie die Einzelhandelsansammlung um den Plaza-Markt auf Mali zu bewerten ist.

Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Antwort
auf die nächste Sitzung zu vertagen.
(15 Ja-Stimmen)

Anfrage:

Die Verwaltung hat die Aufgabe, den Erbbauzins der laufenden Erbbaurechtsverträge – wenn möglich - durch Indexierung regelmäßig zu aktualisieren. Hierzu wird der Bürgermeister um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten.

- 1) Welche unterschiedlichen Klauseln bezüglich der Indexierung des Erbbauzinses existieren in den laufenden Erbbauverträgen? Wie ist die Rechtslage bzgl. der Möglichkeiten zukünftiger Anpassungen auf Basis der jeweiligen Klauseln? Die unterschiedlichen Klauseln bitte sinnvollerweise gruppieren.*
- 2) Wann bzw. unter welchen Umständen ist eine Indexierung der in 1) genannten Klauseln möglich?*
- 3) In wie vielen laufenden Erbbauverträgen werden die in 1) genannten Klauseln angewendet?*
- 4) Wann wurde der Erbbauzins dieser Verträge das letzte Mal indexiert?*
- 5) Welches zusätzliche Einnahmepotential ist durch Indexierung dieser Verträge zu erwarten (geschätzt)? Wenn möglich, bitte absolut und in % der aktuellen Einnahmen durch diese Verträge angeben.*
- 6) Wann ist eine Indexierung dieser Verträge geplant? Ggf. bis wann ist mit einer vollständigen Indexierung zu rechnen?*
- 7) In welchem Turnus können und sollen diese Verträge in der Zukunft indexiert werden?*
- 8) Existiert ein digitales Vertragsmanagement der indexierbaren Verträge bzw. ist geplant, eines einzuführen? Ggf. bis wann?*
- 9) Welche personellen Ressourcen setzt die Verwaltung aktuell für die Verwaltung der Erbpachtverträge ein? Bitte getrennt ausweisen nach Indexierung laufender Verträge, Verkäufe von Erbpachtgrundstücken und Verlängerungen von Erbpachtverträgen und sonstigen administrativen Tätigkeiten.*

Es wird um schriftliche Beantwortung der Fragen gebeten, die Fragen 1-7 bitte tabellarisch.

Herr Senator Schindler informiert, dass die komplexe Beantwortung erst nach der Sommerpause vorliegen wird und bittet um entsprechende Vertagung.

Herr Prüß spricht im Zusammenhang mit Erbbaurechten die gegenüber dem Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" angekündigte Arbeitsgruppe außerhalb der Gremienberatung an und fragt nach dem Sachstand. Herr Dr. Flasbarth weist darauf hin, dass seine Anfrage nicht im Zusammenhang mit dieser Arbeitsgruppe steht. Zusammenkünfte der Arbeitsgruppe haben bisher nicht stattgefunden.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Anfrage zu vertagen,
bis die Antwort der Verwaltung vorliegt.*

zu 3.5 Anfrage AM Sebastian Kai Ising (DIE LINKE): erneuerbare Energien Vorlage: VO/2019/07282
--

Anfrage:

Die Verwaltung wird beauftragt,

bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses zu berichten:

- 1). Wie hoch ist der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch im Stadtgebiet?*
- 2). Zu welchem Prozentsatz versorgen sich Betriebe und Liegenschaften der Stadt mit erneuerbaren Energien und welche Betriebe und Liegenschaften sind potentiell in der Lage Anschluss an Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu erhalten?*
- 3). Zu welchem Prozentsatz versorgen sich Betriebe und Liegenschaften, welche im weitesten Sinne zur Wirtschaft der Stadt Lübeck zu zählen sind, mit erneuerbaren Energien?*
- 4). Wie hoch ist der Anteil Lübecker Privat-Haushalte, die Energie aus erneuerbaren Energien erhalten?*

*Darüber hinaus lädt der Ausschuss zur nächsten Sitzung Vertreter*innen der Klimaleitstelle Lübeck ein, mit dem Ziel der Berichterstattung über den Stand klimapolitischer Maßnahmen in Lübeck.*

Herr Schindler informiert darüber, dass dem Bereich Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz (Abteilung Natur, Klima, gesundheitlicher Umweltschutz) eine Teilnahme erst zur nächsten Sitzung möglich ist. Der Bereich wird eine entsprechende Präsentation zur Anfrage vorbereiten und dem Ausschuss präsentieren. Herr Schindler bitte daher um Vertagung bis zur nächsten Sitzung.

Herr Dr. Lengen betrachtet den Umfang der Anfrage kritisch, da grundsätzliche Auskünfte zu Stromtarifen etc. auch auf der Internetseite der städtischen Stadtwerke zur Verfügung stehen. Viele Detailauskünfte würden ggf. erheblichen Aufwand in der Verwaltung verursachen. Herr Ising macht deutlich, dass er weiterhin auf die Beantwortung besteht. Herr Schindler verweist hierzu erneut auf die Beantwortung in der nächsten Sitzung in Form einer Präsentation.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Anfrage
auf die nächste Sitzung zu vertagen.
(15 Ja-Stimmen)*

zu 3.6	Anfrage der Ausschussmitglieder Anka Grädner und Lars Küther (Bündnis 90/Die GRÜNEN) - Rahmenprogramm der Travemünder Woche Vorlage: VO/2019/07418
---------------	---

Anfrage:

1. Die Verwaltung/der Kurbetrieb Travemünde wird gebeten, das geplante Rahmenprogramm für die diesjährige Travemünder Woche vom Veranstalter (Lübecker Yachtclub) abzufragen und dem Wirtschaftsausschuss zur nächsten Sitzung zu darüber zu berichten. Möglichst sollte der Bericht auch eine Ausgaben- und Einnahmen-Gegenüberstellung enthalten.
2. Nach Möglichkeit sind Zahlen zu ermitteln, in welcher Höhe die Stadt Kiel die Kieler Woche fördert
3. Es soll dargestellt werden, ob die Rücknahme des Rahmenprogramms unter die Regie der Stadt möglich ist und welche Schritte diese erfordern würde.
Alternativ sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie das Rahmenprogramm in anderer Form seitens der HL beeinflusst werden kann.
4. Um schriftliche Darstellung und Versendung rechtzeitig vor der Sitzung wird gebeten.

Herr Senator Schindler äußert, dass das Rahmenprogramm der 130. Travemünder Woche nach Auskunft der Organisatoren in entscheidenden Teilen noch nicht bestätigt ist und von diesen daher erst in der Sitzung am 11.06.2019 vorgestellt werden kann.

Hierzu sprechen Frau Grädner und Herr Schindler. Die Beantwortung der weiteren Fragen der Anfrage erfolgt schriftlich durch die Verwaltung. Nach Auskunft von Herrn Schindler liegt hierzu u. a. aus der Stadt Kiel noch keine Antwort auf die Frage nach der Höhe der dortigen Förderung vor.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, die Anfrage
auf die nächste Sitzung zu vertagen.
(15 Ja-Stimmen)*

zu 3.7	AM Eymer (CDU): Zukunft der Lübecker Wochenmärkte Vorlage: VO/2019/07550
---------------	---

*Die Anfrage wurde bei Eintritt
in die Tagesordnung vertagt.*

zu 3.8	Anfrage von AM Heike Wiechmann: Zweite Zufahrt nach Travemünde Vorlage: VO/2018/06394
---------------	--

*Die Anfrage wurde bei Eintritt
in die Tagesordnung vertagt.*

zu 3.9 AM Reinhardt (SPD): Bootshaus Marli

Herr Reinhardt bittet um Informationen zum Bootshaus Marli. Herr Schindler verweist hierzu auf die Zuständigkeit der Lübeck Port Authority (LPA) und sagt eine dortige Nachfrage zu. Herr Reinhardt hinterfragt ergänzend, zu welchem Zeitpunkt die Verwaltung des Bootshauses an die LPA übergegangen ist. Auch hierzu sagt Herr Schindler eine entsprechende Beantwortung zu.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

zu 4 Berichte

zu 4.1 Berücksichtigung von Vergnügungsstätten in der Stadtplanung Vorlage: VO/2019/07310

Es gibt keine Wortmeldungen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

zu 4.2 Sachstand zum Hafenentwicklungsplan 2030 - Start des öffentlichen Beteiligungsverfahrens Vorlage: VO/2019/07403

Herr Dr. Flasbarth formuliert zum Bericht den folgenden Antrag:

„Der Konsultationsprozess mit den Stakeholdern erfolgt öffentlich.“

Herr Siemens verweist hierzu auf entsprechende Bekanntmachungen und Workshops die durch die Lübeck Port Authority durchgeführt werden. Es wird einen öffentlichen Auftakt und Abschluss geben, ergänzend sind alle Protokolle der Workshops der Öffentlichkeit zugänglich. Zu den Workshops werden 36 Interessenvertreter beteiligt. Weiterhin sprechen Herr Simon und Frau Grädner. Herr Dr. Flasbarth zieht den gestellten Antrag im Rahmen der Diskussion zurück.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

zu 4.3 Aktueller Sachstand Umsetzung des PIH-Konzeptes auf der Nördlichen Wallhalbinsel Vorlage: VO/2019/07488

Zu Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Konzept sprechen Herr Dr. Flasbarth, Herr Reinhardt, Herr Prüß und Frau Koretzky. Derzeitige Bestrebungen einzelner Nutzer für direkte Verträge mit der HL würden der bisherigen gesamten Anhandgabe zuwider laufen. Bei einer Vergabe weiterer Erbbaurechte sieht die Verwaltung ein mögliches Risiko für die Stadt, mit erheblichen Erschließungskosten belastet zu werden.

Herr Reinhardt dankt der Verwaltung für den Bericht und vertritt die Auffassung, dass die Anhanggabe zurückzuziehen ist, wenn keine zielführenden Ergebnisse vorgelegt werden.

Eine Frage von Frau Nehrhoff nach der zunächst geplanten Parkpalette beantwortet Frau Koretzky. Diese ist in den derzeitigen Planungen nicht mehr vorgesehen, aus Sicht der HL wird in diesem Bereich jedoch ohnehin kein Bedarf für eine solche gesehen. Auf Nachfrage von Herrn Simon bestätigt Frau Koretzky, dass die Planänderungen bezüglich Ausweis der Parkplätze (Verzicht auf Parkpalette und Ausweis der Anliegerparkplätze in den einzelnen Baufeldern) auf Wunsch der Verwaltung erfolgt sind. Die Komplexität des Verfahrens spiegelt sich in hohem Planungsaufwand wider. Mit der PIH werde konstruktiv zusammengearbeitet. Die PIH sei im Planungsprozess nicht mit der Lieferung von Unterlagen oder Informationen in Verzug.

Der stellvertretende Vorsitzende vertritt die Ansicht, dass Teilaspekte des Berichtes nach ihm vorliegenden Schriftstücken bereits wieder überholt sind. Herr Simon schlägt daher vor, den Bericht zu vertagen und die beteiligten Akteure zur nächsten Sitzung einzuladen. So kann sich der Ausschuss ein umfassendes Bild vom aktuellen Stand des Projektes machen.

Zur Fläche des Strandsalons sprechen Herr Dr. Flasbarth, Frau Koretzky und Frau Csösz. Nach Auskunft von Frau Csösz war die Fläche des Strandsalons von Anfang an aus der Anhanggabe herausgenommen. Bei einem möglichen Erbbaurecht geht es hier nur um die Fläche des Gebäudes, die weit größere Außenfläche wird über Pachtverträge geregelt.

Zum Abschluss weiterer Erbbaurechtsverträge sprechen Herr Senator Schindler, Frau Grädner und Frau Csösz. Für alle Flächen aus der Anhanggabe gilt während der Laufzeit die vertragliche Bindung zur ausschließlichen Verhandlung mit der PIH. Aus heutiger Sicht und im Kontext mit den Aussagen des Berichtes ist der damalige Wunsch der Verwaltung eines Erbbaurechtes für die Flächen des Strandsalons als Fehler zu bezeichnen.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
beschließt einstimmig, den Bericht
auf die nächste Sitzung zu vertagen
und zu dieser Sitzung Vertreter der
PIH und der Vereine einzuladen.
(15 Ja-Stimmen)*

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	1. Nachtragshaushaltsplan der Stiftung Heiligen-Geist-Hospital für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: VO/2019/07533
---------------	---

Herr Prüß erkundigt sich nach der Bewertung seitens der Feuerwehr. Frau Sinner geht hierzu zunächst auf die knappe Zeit für den Nachtragshaushalt ein. Am 10.04.2019 sind im Rahmen einer turnusmäßigen Brandschau Mängel durch die Feuerwehr festgestellt und dokumentiert worden. Die Bauordnung hat hierzu ein entsprechendes Verwaltungsverfahren eingeleitet. Es bestand hierdurch eine akute Gefahr der erforderlichen Räumung, die durch entsprechende Sofortmaßnahmen vermieden werden konnte.

Für die erforderlichen Sofortmaßnahmen, die den weiteren Betrieb der 80 Plätze überhaupt ermöglichen, sind die finanziellen Mittel entsprechend umgehend zu ordnen. Es musste hier u. a. ein Brandschutzingenieur beauftragt werden. Die weiteren erforderlichen Mittel werden im Haushalt 2020 geordnet. Es ist u. a. ein Brandschutzfahrstuhl bei den investiven Maßnahmen vorzusehen. Dieser wird nach aktuellen Schätzungen rund 180 TEUR plus Mehrwertsteuer und Umbaumaßnahmen kosten.

Eine Frage von Herrn Schumann nach einer möglichen Betroffenheit weiterer Häuser beantwortet Frau Sinner. Grundsätzlich erfolgen hierzu regelmäßige Brandschauen mit der Feuerwehr. Das aktuell betroffene Gebäude stellt eine besondere bauliche Situation dar.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der

1. Nachtragshaushaltsplan für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

I.

Mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan werden

			und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge	
	erhöht um	vermindert	gegenüber	nunmehr fest-
	EUR	um	bisher	gesetzt auf
		EUR	EUR	EUR
1. im Ergebnisplan der				
Gesamtbetrag der Erträge			1.037.100	unverändert
Gesamtbetrag der Aufwendungen	550.000		1.170.100	1.720.100
Jahresüberschuss			0	unverändert
Jahresfehlbetrag	550.000		133.000	683.000
2. im Finanzplan der				
Gesamtbetrag der Einzahlungen				
aus laufender Verwaltungstätigkeit			1.022.600	unverändert
Gesamtbetrag der Auszahlungen				
aus laufender Verwaltungstätigkeit	550.000		779.900	1.329.900
Gesamtbetrag der Einzahlungen				
aus Investitionstätigkeit und der				
Finanzierungstätigkeit			9.900	unverändert
Gesamtbetrag der Auszahlungen				
aus Investitionstätigkeit und der				
Finanzierungstätigkeit	150.000		29.500	179.500

II.

Es bleiben festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	von bisher	0 EUR	auf	unverändert
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	von bisher	0 EUR	auf	unverändert
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite	von bisher	0 EUR	auf	unverändert
4. Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	von bisher	1 Stelle	auf	unverändert

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig,
gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.
(14 Ja-Stimme, 1 Enthaltung)*

zu 5.2 Mobilitätskonzept Travemünde Vorlage: VO/2019/07291
--

*Die Vorlage wurde bei Eintritt
in die Tagesordnung vertagt.*

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 6.1 Die Unabhängigen: Sanierung Parkplatz Leuchtenfeld Vorlage: VO/2019/07202
--

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die notwendigen baulichen Maßnahmen zur Sanierung des Parkplatzes Leuchtenfeld in Travemünde zur Saison 2019 über die zuständigen Bereiche der Hansestadt Lübeck umzusetzen. Die jetzige Anzahl der Parkplätze ist bis zur Umgestaltung zum Landschaftspark zu erhalten. Der neugestaltete Parkplatz Leuchtenfeld ist durch Bepflanzungen mit Hecken und Bäumen attraktiv zu gestalten. Dabei ist die Aufstellung von Ladestationen zu berücksichtigen.

Herr Kirchhoff erläutert dem Ausschuss die Neugestaltung der Travepromenade und das Zukunftsprogramm „Inneres Kurgebiet“ inkl. der Bauabschnitte zum Leuchtenfeld anhand einer Präsentation (Anlage II).

Eine Frage von Herrn Simon nach einem möglichen Zeitpunkt der Realisierung der Umbaumaßnahmen im Rahmen des beschlossenen Konzeptes beantwortet Herr Kirchhoff. Nach aktuellem Stand ist das Jahr 2022 als realistischer Realisierungszeitpunkt möglich.

Zur Verkehrssicherung und der Instandhaltung in der Übergangszeit sprechen Herr Schumann, Herr Prüß und Herr Kirchhoff. Die Verkehrssicherung der Fläche ist dauerhaft zu gewährleisten. Es werden entsprechende Ausbesserungen mit Schotter vorgenommen. Ein optimaler Zustand kann damit allerdings nicht erreicht werden, da Staub und die Bildung von Pfützen nicht zu verhindern sind.

Zur Höhe der Kosten und der Refinanzierung sprechen Herr Dr. Lengen, Frau Grädner und Herr Kirchhoff. Für die Sanierung sind ca. 1,7 Mio. EUR erforderlich, eine Refinanzierung wäre u. a. durch eine Erhöhung der Parkgebühren nach Fertigstellung möglich.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich,
den Antrag auf Grund der bereits für 2022
geplanten Baumaßnahmen abzulehnen.
(1 Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)*

zu 6.2 FDP: Anträge zu Lübecks Wochenmärkten
Vorlage: VO/2019/07335

*Die Überweisung wurde bei Eintritt
in die Tagesordnung vertagt.*

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Prieur, AM Krause (CDU): Vorderreihe als verkehrsberuhigten Bereich
Vorlage: VO/2018/06122

*Der Antrag wurde bei Eintritt
in die Tagesordnung vertagt.*

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Der stellvertretende Vorsitzende bittet die Öffentlichkeit darum, den Sitzungssaal zu verlassen und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Der stellvertretende Vorsitzende teilt mit, dass die Herren Cladow und Bauersachs als Vertreter des Seniorenbeirates einen Antrag auf Teilnahme am nicht öffentlichen Teil der Sitzung gestellt haben. Der stellvertretende Vorsitzende bittet um Abstimmung des Antrages.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt den Antrag einstimmig an,
da es sich bei allen Punkten um
seniorenrelevante Themen handelt.*

zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der stellvertretende Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil vier Beschlussvorlagen behandelt worden sind und schließt die Sitzung.

*Der Wirtschaftsausschuss und Ausschuss
für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"
nimmt Kenntnis.*

Lübeck, den 20. Mai 2019

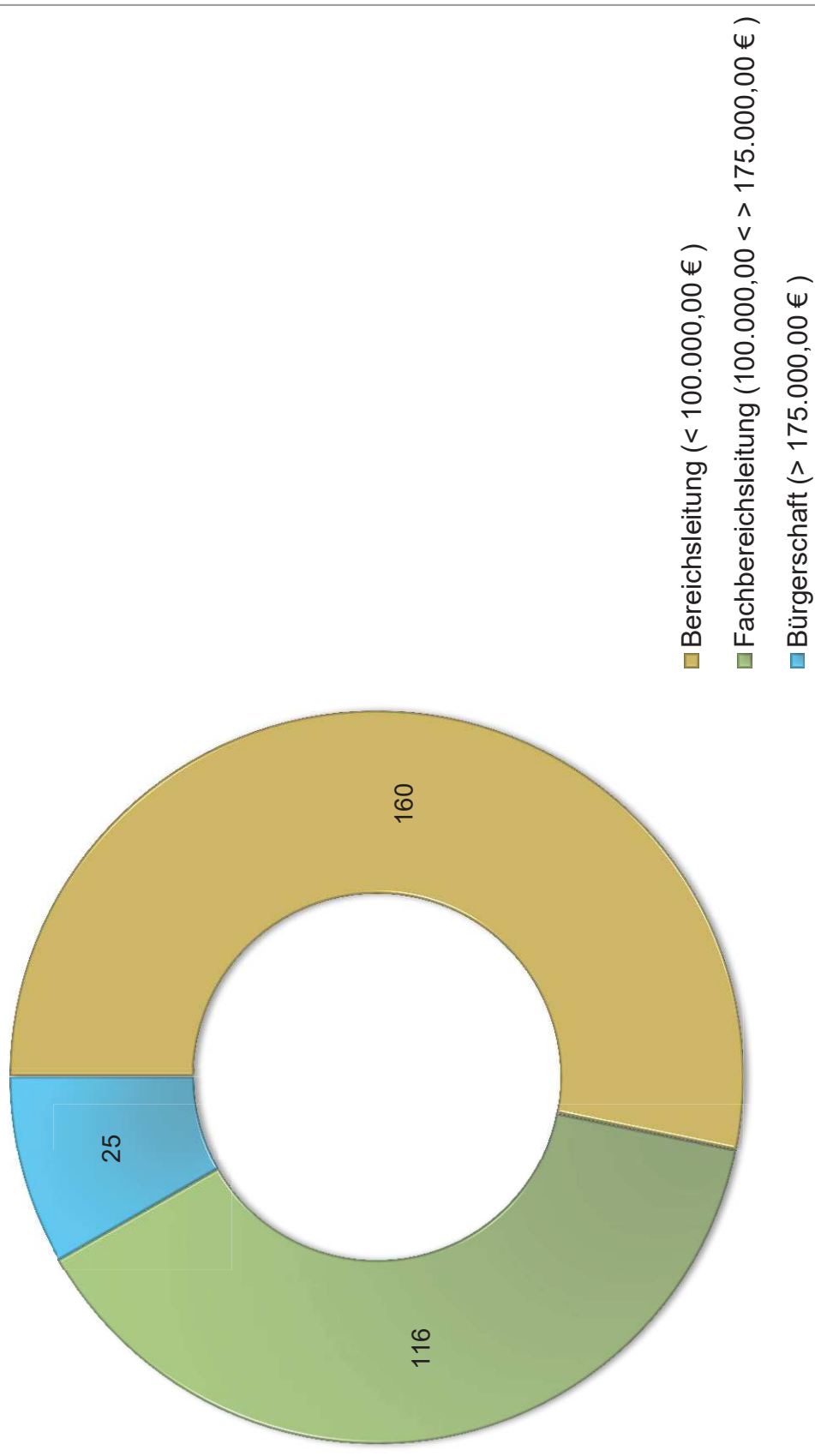
gez. Bernhard Simon

Bernhard Simon
stellv. Vorsitzende/r

gez. Jan H. Ehrich

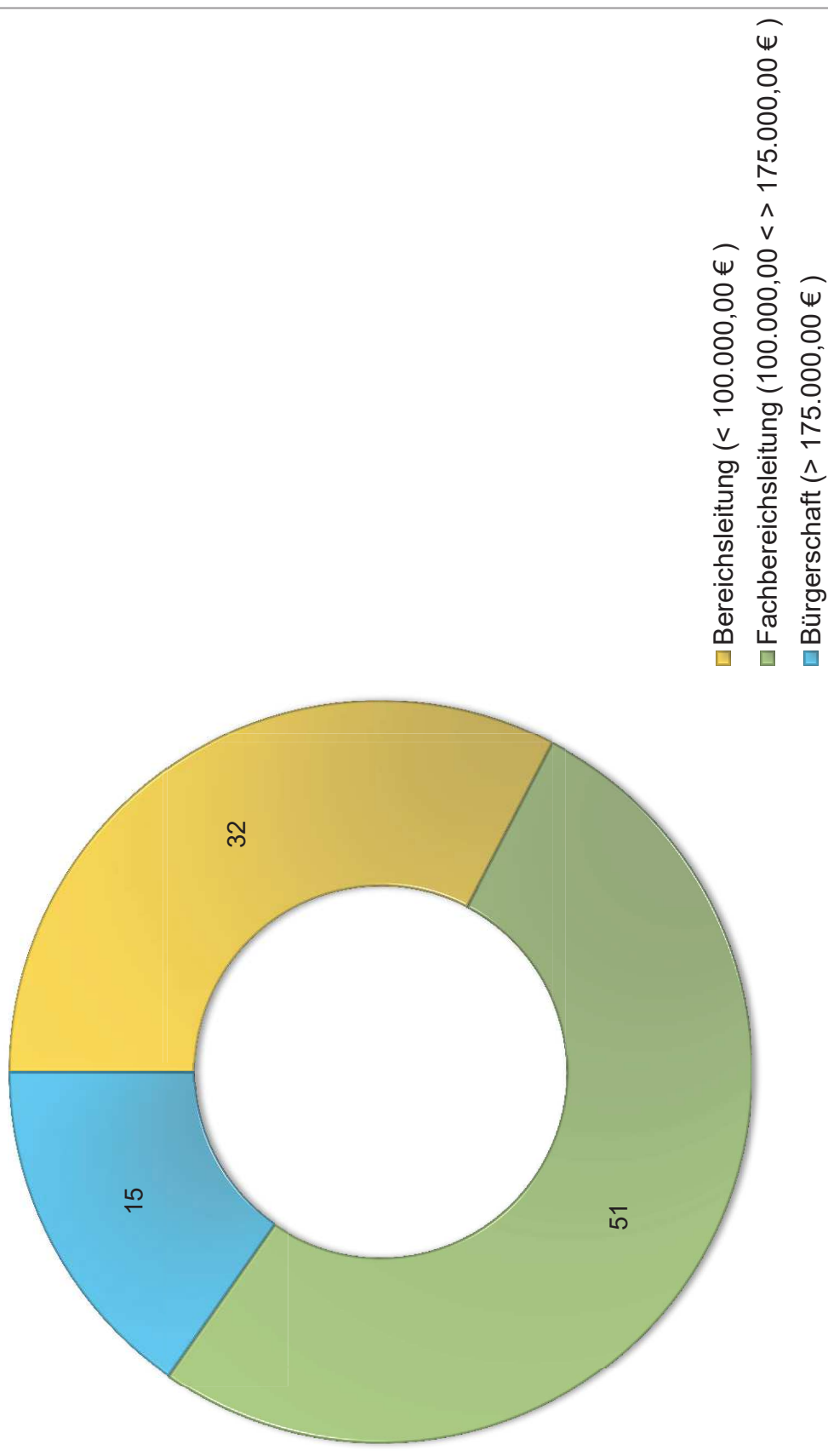
Jan H. Ehrich
Protokollführung

VERKAUF gesamt nach Entscheidungen



Erbbaurechte

VERLÄNGERUNGEN 2045 gesamt nach Entscheidungen



Hansestadt LÜBECK

Neugestaltung Travepromenade/ Zukunftsprogramm „Inneres Kurgebiet“

Sachstand April 2019

Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" am 13.05.2019



83.12.02.4

SPD

**Bündni90/
DIE GRÜNEN**

DIE LINKE

An die
Stadtpräsidentin der
Hansestadt Lübeck
Rathaus

23539 Lübeck

Lübeck, den 8. September 2011

Zu Punkt 4.34 der Tagesordnung
Drucksache Nr. 394

5.465, m 29.09.2011

Bürgerschaftssitzung, am 29. September 2011

- Neugestaltung der Travepromenade -

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin!

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE beantragen, die
Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft umgehend ein Konzept für die
Neugestaltung der Travepromenade (Flächen die unmittelbar an der Trave liegen und dem
Kurbetrieb Travemünde gehören) vorzulegen und die dafür erforderlichen Kosten
darzustellen.

In dem Konzept sind die Steigerung der Aufenthaltsqualität, die Verbesserung und
Erweiterung touristischer Angebote im Bereich der Travepromenade sowie die Verbesserung
des Hochwasserschutzes aufzuzeigen.

Außerdem ist der Lübecker Bürgerschaft ein Finanzierungskonzept entgegenzubringen das
die zu erwartende Förderung durch das Land, den Bund bzw. die EU berücksichtigt.

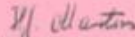
Mit freundlichen Grüßen



Peter Reinhardt
Fraktionsvorsitzender



Hans-Jürgen Schubert
Fraktionsvorsitzender



Hans-Jürgen Martens
Stellv. Fraktionsvorsitzender

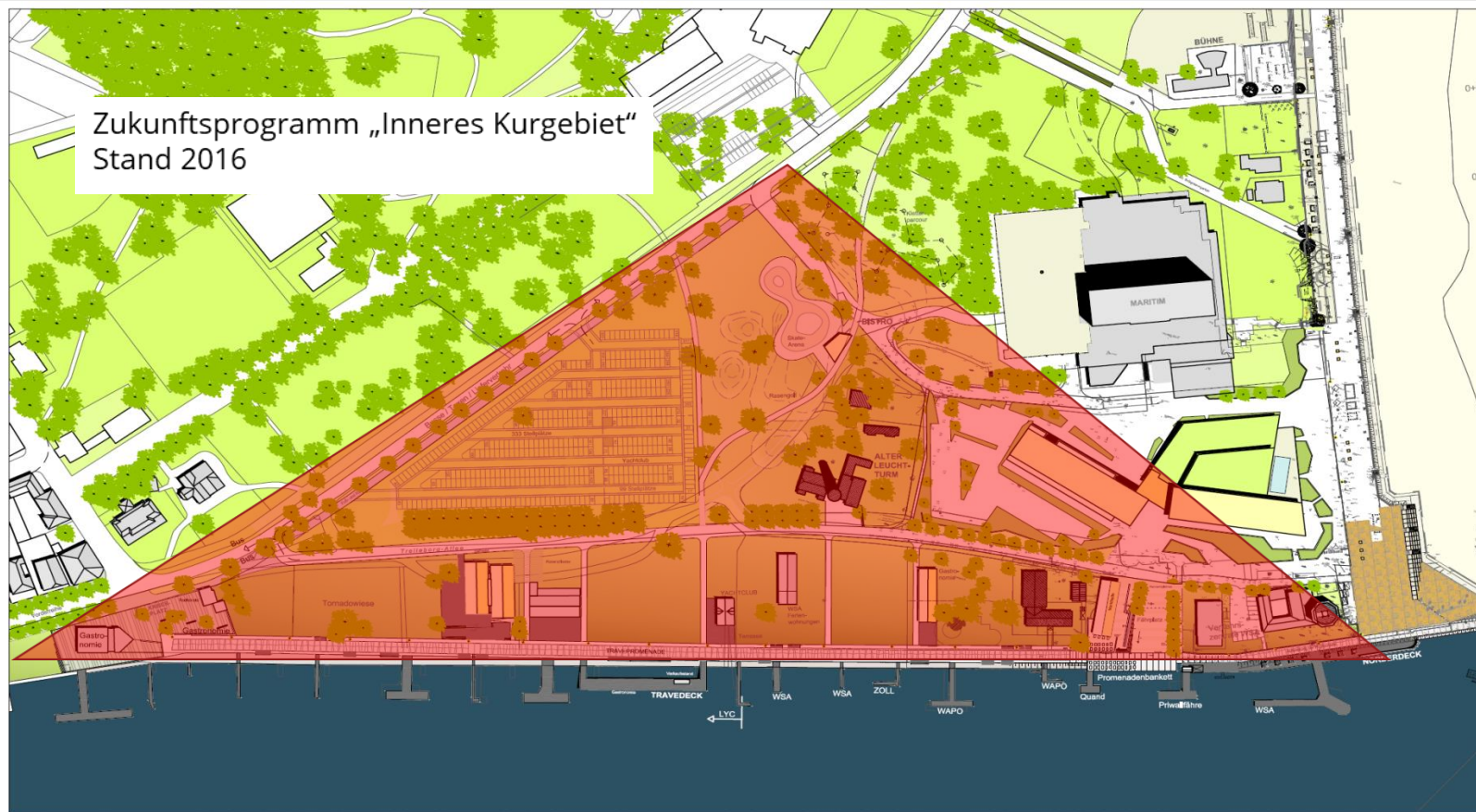
Neugestaltung Travepromenade 2011 29.29

Bürgerschaftsauftrag November 2011





Zukunftsprogramm „Inneres Kurgebiet“
Stand 2016







BAUSTEINE

- 1 Travepromenade
- 2 Fährplatz
- 3 Kaitreppe Fährplatz
- 4 Norderdeck

- 5 Slipanlage
- 6 Platz an der Kaiserbrücke
- 7 Travewiesen
- 8 Aufhebung und Umgestaltung Trelleborgallee

- 9 Spiel- und Sportpark Leuchtenfeld
- 10 Logistikfläche Leuchtenfeld
- 11 Teilweiser Rückbau der Außenallee
- 12 Travedeck

- Zukünftig
- nächste Maßnahme
- in Realisierung
- entfällt

Zukunftsprogramm „Inneres Kurgebiet“

Betreff: Neugestaltung der Travepromenade in Lübeck-Travemünde

Status: öffentlich **Vorlage-Art:** Beschlussvorlage öffentlich

Federführend: 2.830 – Kurbetrieb Travemünde **Bearbeiter/-in:** Kirchhoff, Uwe

Beratungsfolge:

Senat zur Senatsberatung

01.06.2016 18. Sitzung des Senats unverändert

Beschlossen

Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)" zur Vorberatung

13.06.2016 24. Sitzung des Wirtschaftsausschusses und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde

(KBT)"

unverändert

beschlossen

Bauausschuss zur Vorberatung

20.06.2016 Sitzung des Bauausschusses zurückgestellt

Hauptausschuss zur Vorberatung

28.06.2016 48. Sitzung des Hauptausschusses geändert beschlossen

Beschluss:

1. Das in der Begründung und den Anlagen 1 bis 5 dargestellte Konzept für die Neugestaltung der Travepromenade in Lübeck-Travemünde wird beschlossen.
2. Der Kurbetrieb Travemünde wird mit der Umsetzung des 1. und 2. Bauabschnittes gemäß Anlage 1 (Finanzierungskonzept KBT 1. und 2. BA) beauftragt.
3. Mit der Baumaßnahme darf erst begonnen werden, wenn Fördermittel positiv beschieden worden sind.

Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck zur Entscheidung

30.06.2016 23. wird in der Fassung des HA angenommen



Nächster Schritt

Baustein 10 : Park- und Logistikfläche Leuchtenfeld - Mio. € 1.735 (siehe Mobil.-Konzept)

Baustein 9 : Sport- und Spielbereich - Mio. € 1.4 (TEK 2030)

Baustein 8 : Verkehrsführung Trelleborgallee – Mio.€ 1.76 (siehe Mobil.- Konzept)



Planungsmittel für Vorplanung im Wirtschaftsplan 2020
Realisierung 2022- 2025

- ✓ Beschluss der Bürgerschaft 06/2016 über Konzept „Inneres Kurgebiet“ hebt Umnutzung des Leuchtenfeld zur Ausgleichsfläche auf
- ✓ Mobilitätskonzept 2019 nimmt Beschlusslage auf



**GRÜNORDNUNGSPLAN
ZUM B-PLAN NR. 32.10.00 Teil A**

**VERLÄNGERUNG DER VOGTEISTRASSE/
PAUL-BRÜMMER-STRASSE
IN LÜBECK-TRAVEMÜNDE**

- TEILBEREICH I -

Auftraggeber:
Hansestadt Lübeck
Bereich Stadtentwicklung

V Verfasser:
Büro für Landschaftsarchitektur
Mareile Ehlers
An der Mauer 23a
23552 Lübeck

Aufgestellt:
Lübeck, den 23. Oktober 1998
(Erste Fassung vom 4. Juli 1998,
für Teilbereich I überarbeitet und ergänzt)

4.2

**Eingriffs-/ Ausgleichsbilanz und Kompensationsmaßnahmen außerhalb
des B-Plan-Gebiets**

Der erforderliche Ausgleich für die Eingriffe in Naturhaushalt und Landschaft kann im B-Plan-Gebiet nicht nachgewiesen werden. Es besteht ein flächenhaftes Defizit von insgesamt 9.595qm, also rund 1,0 ha, wobei eine möglichst zeitgleiche und schutzgutbezogene Kompensation anzustreben ist.

4.2.1

Leuchtenfeld/ Außenallee

Im Zuge der geplanten Verkehrsberuhigung des Kurgebiets soll der Parkplatz am Leuchtenfeld aufgehoben und die Außenallee zurückgebaut werden (insgesamt 3 ha - siehe Übersichtsplan). Der überwiegend stark verdichtete bzw. versiegelte Boden soll entsiegelt und renaturiert werden. Für die Eingriffe im B-Plan-Gebiet 32.10.00 Teil A, Teilbereich I, werden **2,0 ha als Ausgleichsfläche** bereitgestellt. Die Zweckbindung der Kompensationsfläche wird zwischen Stadtentwicklung und UNB vertraglich besonders geregelt.

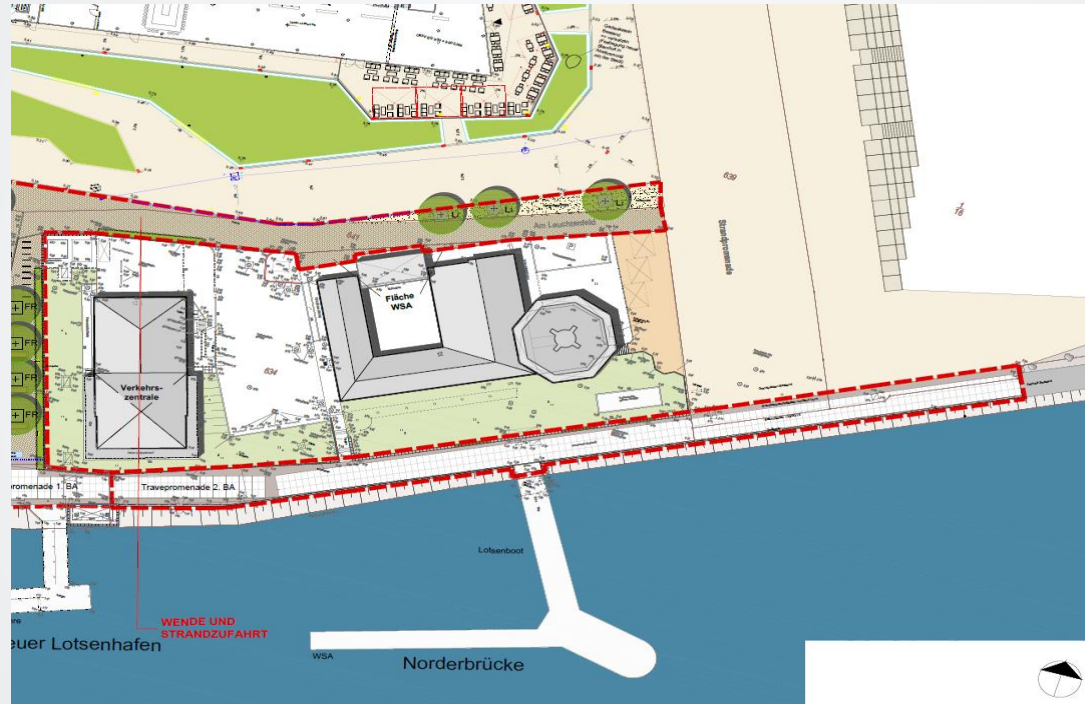
Die Fläche liegt in der Nähe zum Eingriffsort und ist - obwohl zur Zeit von Verkehrsnutzungen geprägt - durch vergleichbare ökologische Verhältnisse gekennzeichnet. Sie soll als Landschaftspark, also mit offenen Rasenflächen und Baumgruppen gestaltet werden. Ein Freilflächenentwurf liegt nicht vor.

Auf jeden Fall wird die Grünfläche in dieser zentralen Lage intensiven Nutzungsansprüchen standhalten müssen, unter anderem während der Travemünder Woche. Eine naturnahe Anlage und Pflege wird nur in begrenztem Umfang möglich sein. Außerdem ist von einer zeitgleichen Kompensation der Eingriffe nicht auszugehen. Beides begründet einen erhöhten Flächenanspruch (2 statt 1ha Ausgleichsfläche) und macht weitere Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an anderer Stelle notwendig. - Die Maßnahme am Leuchtenfeld wird vorrangig als Ausgleich für die Eingriffe in den Boden und den Wasserhaushalt, in Hinblick auf die geplante parkartige Gestaltung aber auch für die Eingriffe in Vegetation und Lebensräume sowie in das Orts- und Landschaftsbild gewertet.

Für die Ausgleichsmaßnahme werden vorausgesetzt:

- Wiesen-/ Rasenansaat, nach Möglichkeit Standortausmagerung und extensive Pflege in den weniger benutzten und begangenen Bereichen.
- Baumpflanzungen überwiegend mit heimischen Laubbäumen, mindestens aber 10 großkronige und heimische Laubbäume,
- Weegeschließung nur im notwendigen Umfang.

Promenadenanschluss -Erweiterung



zusätzliche Baukosten :
Summe netto Euro
416.256,00 EUR
19 % MWST 79.088,64
EUR
Summe brutto Euro
495.344,64

Gesamtvolumen des 1.
und 2. BA steigt von
Mio. € 3.8 auf
Mio. € 4.26 netto

Vielen Dank für
Ihre Aufmerksamkeit!

